

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gruppenstr. 6/8, und durch Kolonial-Agenten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, (incl. Post) M. 2.90, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge bringt für die „Volkswacht“ der Kolonial-Agenten, die in den Kolonial-Verwaltungsbüros in 18 Blättern. Preis für die 40 Blätter 120 Pf. (incl. Post) 1.50, wo keine Post am Orte 1.84.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 288.

Dienstag, den 11. Dezember 1906.

17 Jahrgang.

Aus der Geschichte des preussischen Dreiklassenwahlrechts.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist das Wahlrecht des Belagerungszustandes. Als es gelungen war, die bürgerliche Revolution mit Waffengewalt niederzuschlagen, erschien am 30. Mai 1849 jene königliche Verordnung Friedrich Wilhelm IV., durch welche das bis dahin geltende gleiche Wahlrecht abgeschafft und das heute noch bestehende Dreiklassenwahlrecht eingeführt wurde. Nachdem die Thronrede vom 7. August 1849 den vollzogenen Staatsstreich für eine „gebieterische Notwendigkeit“ bezeichnet hatte, wodurch „das wichtigste politische Recht dem Einfluss und Lauterer Parteilagen möglichst entzogen werden“ sollte (und jetzt noch im preussischen Volksteil eine „unlautere Parierung“ ähnlich heißt), erschien am 12. August jene berühmte Verordnungs-Regierung Brandenburg-Manteuffel gezeichnete „Denkschrift über die königliche Verordnung vom 30. Mai 1849“, die in jedem Worte der Ausdruck eines schlechten Gewissens ist. Wir lassen einen Auszug dieses historischen Aktenstückes folgen.

Die Kräfte der Staatsbürger, auf deren harmonischer Zusammenwirkung das Bestehen und Gedeihen der Gesellschaft wesentlich beruht, sind teils physischer, teils geistiger Art. Unter den materiellen nimmt die Steuerkraft eine vorzügliche Stellung ein. Sie gibt den allgemeinen Maßstab der individuellen Leistungen für das Gemeinwesen ab. Es liegt daher auch nahe, nach dem Verhältnis der Steuerkraft das Stimmrecht zu erteilen, indem man damit der Forderung „Leichte Pflichten, leichte Rechte“ zu genügen strebt und dabei insbesondere des Moments gedenkt, daß ein sehr wichtiges Recht der Abgeordneten, um deren Wahl es sich handelt, in der Steuerbemessung besteht. Offenbar ist diese Forderung nicht nur als ein sehr unbefriedigender betrachtet werden. Dennoch ist von der Verteilung des Stimmrechts nach der Steuerkraft ein richtiges Resultat zu erwarten, weil die Verhältnisse im großen und ganzen so geordnet sind, daß sie in den ärmeren Mitgliefern der Staatsgesellschaft die größere Summe der physischen, so in der reicheren das höhere Maß der geistigen Kräfte zu liegen pflegt, und somit dasjenige Gewicht, welches man anscheinend dem materiellen Vermögen beilegt, in der Tat der höheren Intelligenz zugute kommt.

Wenn man sich hierbei zur Dreiteilung entschlossen hat, so beruht dies nicht allein darauf, daß sie für die am weitesten gehendste Art der Teilung gehalten wird, oder daß sie weniger als die Zweiteilung der Verteilung Vorschub leistet, sondern vielmehr wesentlich auf der Erfahrung, daß sich in der Regel überall drei Hauptschichten der Bevölkerung unterscheiden lassen, deren Angehörige auch in den übrigen Verhältnissen am meisten miteinander gemein zu haben pflegen. Somit ist dieses System in der Tat organischer als es auf den ersten Blick erscheint.

Dieses ist also das erhabene Urbild, dem die Wahlrechtsreden der späten Enkel, Bethmann und Posadowsky, nachgepfuscht sind. Eine hilflose Übertheit! Es steht in dieser Denkschrift kein Satz, der nicht durch die siebenundfünfzigjährigen Erfahrungen, die das preussische

Volk mit diesem Wahlrecht gemacht hat, hundertfältig widerlegt worden wäre. Wo bleibt, wenn man schon das Dogma nachbeten will, daß die höhere direkte Steuer des Reichens eine schwerere Pflicht bedeutet, wo bleibt die Gleichheit der Pflichten und Rechte, wenn Berlin für dieselbe Steuerleistung, für die das platte Land 140 Abgeordnete wählen darf, neun oder zwölf Abgeordnete wählt, wenn man durch den Umzug in ein anderes Stadtviertel bei gleich bleibender Steuerpflicht sein Wahlrecht je nachdem vertausendfachen oder auch ein Tausendstel seines Inhalts verringern kann? Wo bleibt das angebliche Vorrecht der höheren Intelligenz, wenn ein Hofschlächtermeister der ersten Wählerklasse hundert oder zweihundert Stimmen in die zweite und dritte Klasse zurückdrängen kann? Und doch hatten Brandenburg-Manteuffel immer noch mehr Voraussicht als Bethmann-Posadowsky nachträglich eintrug, wenn sie bekannten, daß der Maßstab des Dreiklassenwahlrechts „an und für sich“ sehr unbefriedigend sei, daß ihr System „auf den ersten Blick“ unorganisch erscheine, und als Entschuldigung dafür in Anspruch nahmen, daß es „weniger gehässig“ als ein zweiteiliges Klassenwahlrecht sei, womit doch eingestanden war, daß es, für sich betrachtet, gehässiger sei. Die lagenämmerliche Stimmung der Väter dieser Verordnung war denn auch so ausgeblüht, daß der Minister von Manteuffel keinen Anstand nahm, am 13. August 1849 in der ersten Kammer zu erklären:

Meine Herren, auf diese Weise können wir die Volksvertretung nicht vom Volke abblenden, sonst betreten wir einen Weg, der uns zu einer schwindelnden einstufigen Höhe hinaufführt, von der wir zu unserem Unglück dereinst in eine graufige Tiefe hinabgestürzt werden können. Wir müssen als Volkstretter mit dem ganzen Volke gehen, nur dann gewinnen und behaupten wir den Boden, auf dem wir Kraft und Geltung finden können. Das Ministerium hat die Mängel des Wahlsystems anerkannt und hat seine Zustimmung zu Verbesserungen begeben für die Zukunft vorbehalten. Ich freue mich darüber, daß das Ministerium diese Mängel anerkannt hat, kann mich aber leider mit der Hoffnung, die es gegeben hat, nicht zufriedengestellt erklären. Denn für die Vergangenheit ist diese Hoffnung für uns nichts, da der durch die Art der Bildung der jetzt geltenden zweiten Kammer geschädigte Schaden nicht mehr repariert werden kann. Und für die Zukunft ist es fraglich, ob aus der Revision ein anderes Wahlsystem, welches mehr den Bedürfnissen des Volkes entspricht, hervorgehen wird. Es ist wohl zu erwägen, daß die zweite Kammer, also ein zur Vertiefung der Wahlordnung notwendiger Hauptfaktor, ihre Entstehung der jetzt geltenden schlechtesten Wahlordnung verdankt. Wie irrealistisch es ist, ob wir unter diesen Umständen aus dem fehlerhaften Kreise, in dem wir uns folgergehaft gebaut haben, hinauszuwringen die Kraft haben werden!

Dabei kann nicht verschwiegen werden, daß wir selbst von den Mängeln des Wahlsystems vollkommen überzeugt sind, und ich stelle deshalb auch im, ob nicht die Genehmigung unter Vorbehalt der künftigen Revision zu erteilen sei.

Der Stiefel ist fertig, wollt ihr ihn gleich stücken? Das war dem Sinne nach das Geleitwort, das Manteuffel,

der Vater, dem Dreiklassenwahlrecht auf den Weg mitgab. Vor ein paar Tagen aber erklärte Manteuffel, der Sohn, auf dem konservativen Delegiertenkongress, daß an dem Dreiklassenwahlrecht unbedingt festgehalten werden müsse. Das ist der preussische Fortschritt!

Die edlen und geehrten Herren wollten aber gar nicht stücken! Sie verzichteten auf die künftige Revision. Sie waren zufrieden. Wo sollten auch die Anflüge des Systems herkommen, da Belagerungszustand und öffentliche Klassenwahl unter den Kandidaten der zweiten Kammer fürchterliche Mäntelung gehalten hatten, die Demokratie auf jede Beteiligung an den Schandwahlen verzichtet hatte (sie hoffte damals noch auf einen neuen revolutionären Ausbruch), und die erste Kammer natürlich dem Einfluss eines freien Wahlrechts von vorneherein entzogen war? Und doch fand sich damals in dieser ersten Kammer ein Mann, der seinen Fluch über das Werk der Räuber aussprach und das Schicksal verkündete, das jetzt seit mehr als einem halben Jahrhundert über Preußen verhängt ist. Kein Wille sprach mehr aus seinen Worten, nur noch die Entfaltung, die seinen Ausweg mehr kennt und sich sehenden Auges dem unvermeidlichen Unheil fügt. Es war der Abg. Murauch, der in der ersten Kammer am 7. September 1849 ausführte:

Die trübe Prophezeiung des Redners hat sich siebenundfünfzig Jahre schon in Preußen bewährt. Es ist der Fluch der bösen Tat. . . . Nach siebenundfünfzig Jahren erleben wir das entwürdigende Schauspiel, daß diese zweite Kammer, das preussische Abgeordnetenhaus, hinter den Rücken des Richters flüchtet, um sein volksfeindliches Privileg vor den Angriffen der Kritik zu schützen! Das ist der historische Zusammenhang: die Egarevolution von 1849 schleppt heute noch die Beleidiger ihrer Ausgeburt in das Gefängnis. „Vor dem Standrecht hält kein Recht stand!“ Auch das gleiche Recht der Preußen ward in den Rücken geschossen und an der Mauer verscharrt. Siebenundfünfzig Jahre! Und noch immer steht das preussische Volk unter der Wahlordnung des Standrechts!

Politische Uebersicht.

Die Berufsvereine steuerpflichtig!

Während der großen Debatte über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine ist ein sehr wichtiges Moment übersehen worden, nämlich die — Steuerpflicht der mit Rechtsfähigkeit ausgerüsteten Berufsvereine. In Nr. 28 der „Deutschen Juristenzeitung“ wird diese Frage von Dr. jur. Karl Riesel-Charlottenburg behandelt. Er sagt:

„Die Vorstellung, daß selbstverständliche Folge der Rechtsfähigkeit die subjektive Steuerpflicht sei, ist in mehreren Bundesstaaten zum Rechtsfakt erhoben. Während in Preußen neben den

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

831

Lobias zeigte ein Gesicht wie einer, der seiner Sache gewiß ist, und erwiderte: „Vater, ich mein, wir haben heute genug miteinander ausgekämpft. Lassen wir's dabei bewenden sein, morgen ist auch noch ein Tag. Ich weiß, wo ich hingehöre, und wo ich mein Glück machen muß — und wenn ich das sag, dann ist's genug.“ — Der Alte schaute ihn an und schüttelte den Kopf. „Darf's der Vater nicht wissen?“ — „Jetzt noch nicht“, versetzte der Burche, und da er im Gesicht des Alten tiefen Unglauben erkannte, stand er auf und sagte: „Vater, verstu mir! Ich hab' Dir heut gezeigt, daß ich etwas kann, was Du mir vorher nicht zugezählt hättest!“ (Unberühmter Mensch! dachte der Alte) — „und jetzt soll's immer so fortgehen“ (Gute Ausichten!). „Vom heutigen Tage hebt für mich ein neues Leben an. Ich werde glücklich, ich werde, und das in nicht gar zu langer Zeit, ein reicher und angesehener Mann sein — und Du wirst Deine Freude an mir haben.“ — Der Alte war versucht, ihm ins Gesicht zu lachen: er begrüßte sich inbessenen mit einer Gebärde, die ungefähr sagte: „Ich muß Dich jetzt gehen lassen! Wenn Du ein Narr und Heiler wirst, ist's Deine Sache.“

Lobias beachtete diese Belwegung um so weniger, als es unterdessen dunkel geworden war und die Glode „bedächtigt“ neun Uhr schlug. Der Glöckliche hätte nun zur Bude gehen und der Guten, Lieben und Treuen den Erfolg mitteilen können; aber er hatte sich etwas anderes ausgedacht, was ihm schöner dünkte; und da ihm die Ereignisse des Tages doch ermüdet hatten, sagte er dem Vater herzlich „Gute Nacht“ und ging zu Bett.

Am andern Morgen war unser Schneider der Löwe des Tages. Der Abend des Sonnabends ist auch für den Bauer eine Festzeit; man besucht sich mehr als sonst in der Woche, das Wirtshaus hat größeren Zuspruch und man überläßt sich mit reinem Behagen der Lust des Gesprächs. Daß nun ein Auftritt, wie der zwischen Lobias und seinem Vater, mit der größten Schnelligkeit im ganzen Dorf herumkam, ist bei dem Interesse, das die Familie schon auf sich gezogen hatte, nicht zu verwundern. Aus den Vermutungen des Trupps, der vor dem Hause stand, aus der Nachricht der Walsburg, die den Streit als nicht der Rede wert darstellte, und endlich aus den Zusätzen phantasiebegierter Erzähler bildeten sich verschiedene Lesarten, die sich zum Teil stark widersprachen. Nach den Ansichten der meisten hatte es in dem Schneiderhause eine „höfliche Besichtigung“ gegeben; denn die Walsburg mochte sagen, was

ste wollte — daß weder der alte noch der junge Schneider ins Wirtshaus kamen, was sie sonst an diesem Tage nie versäumen, das war bezeichnend genug. Nach den einen jedoch hatte der Vater den Sohn halb totgeschlagen, nach den andern der Sohn den Alten mit einem Hammer aber Beil auf den Kopf getroffen, daß das Blut in der Stube herumfloss — daß er einen „Kress“ hatte auf sein Lebtage und am Ende noch das Gericht einschreiten mußte. — Sonntags in der Früh klärten sich die Meinungen. Die Ansicht vieler kam der Wahrheit ziemlich nahe; nur blieb das letzte Ergebnis des Streites unbelannt. Daß der junge Schneider diesmal über den alten Herr geworden, das stellte sich eine halbe Stunde vor der Kirche bei den meisten als gewiß heraus. Und diese Tatsache erwiehen allen ungemein späßhaft, wenn man auch noch nicht wußte, was nun daraus werden sollte.

Als zur Kirche geläutet wurde, sah man den alten Schneider allein aus dem Hofe treten und still und ernst dem Gotteshaus zugehen. Weder auf dem Wege noch in der Kirche selbst konnte man an seinem Kopfe die geringste Spur einer Verletzung wahrnehmen; diejenigen, die noch daran gehalten hatten, mußten ihre Meinung verbessern. Von der Kirche ging er erbaunt und, soweit es seine andächtige Stimmung zuließ, heiter nach Hause. Er war aber zugleich so in sich gefehrt, daß ihn auch nähere Bekannte nur grüßten und nicht zu fragen den Mut hatten.

Im Pfarrhause war das Ereignis erst kurze Zeit vor dem Beginn des Gottesdienstes bekannt geworden. Der Grund war, daß sich die Frau Lehrerin am Sonnabend unpaßlich fühlte, Abends nicht mehr ausging und auch am Sonntag erst spät sich erheben konnte. Die Lesart, die durch ein Bauernweib an die Pfarrerin kam, meldete arge Sünden zwischen Vater und Sohn, wobei sie sich wechselseitig beschuldigten und diese Geschirre zu Grunde gingen. „Also wieder!“ sagte sich die Frau mit Ernst und Unmut, wie sie allein war. „Nun wird's bald unmdglich, den Skandal vor meinem Mann länger zu verbergen! — Daß er von der letzten Geschichte nichts erfahren hat, ist schon ein Wunder“ (übrigens aus dem Charakter des Gesellschaften und aus ihren eigenen Vorkehrungen zu erklären). „Aber jetzt, wo die Sache wieder aufgerührt ist, wird am Ende doch etwas an ihn kommen und es wird vielleicht notwendig werden, ihm alles zu sagen. Wollte Gott, das Mädchen hätte mein Haus nie betreten!“ — Das Zusammenklagen der Gloden mahnte sie, die sonntägliche Toilette zu vollenden und sich ins Gotteshaus zu begeben. Hier konnte sie von ihrem Stuhl den alten Schneider nicht sehen, und auf dem Heimwege fragen wollte sie nicht; ihre bedenklliche Stimmung erfuhr daher keine Milderung.

Sie war in der unteren Stube allein — der Geistliche erquidete sich in der Gartenlaube — als die Bude von der Küche herinkam, um eine Frage wegen des Mittagessens an sie zu richten. Das Mädchen zeigte das gefasste, stillstehende, sanft

melancholische Gesicht, das man seit dem entscheidenden Gespräch im Hause an ihr gewohnt war. Die Frau gab ihre Anweisung und fuhr denn mit der Wene des Bedauerns, ja der Anklage, fort: „Bei dem Schneider hat's gestern wieder Streit gegeben! Hast Du schon was davon gehört?“ — „Ja“, versetzte die Bude mit dem Ton der Ergebung; „aber nichts Genaueres. Man hat mir nur gesagt, daß Vater und Sohn hintereinander gekommen sind.“ — Die Pfarrerin fuhr fort: „Mir ist dieser ewige Unruhe fatal, sehr fatal! Ich möchte nicht, was ich drum gäbe, wenn ich nichts mehr davon hörte!“ — „Ich bedauere es auch“, erwiderte die Bude, „aber ich kann nichts dafür.“ — „Wirklich nicht?“ versetzte die Frau. „Hast Du Dir keinen Vorwurf zu machen? Hast Du das Wort, das Du mir gegeben, nicht gebrochen?“ — „Nein, Frau Pfarrerin“, entgegnete das Mädchen „Einmal, vor acht Tagen, Abends gegen neun Uhr, sind wir uns zufällig auf der Gasse begegnet; aber wir haben kaum eine Minute miteinander gesprochen und uns nur unser Leid geklagt.“ — „Und Du hast nicht an ihn geschrieben? Hast ihn nicht Klagen dazu gebracht, daß er seinen Vater mit Zuminutungen erzürnte?“ — „Nein“, war die entschiedene Antwort. „So wahr ich vor Ihnen stehe!“

Die Frau schweig. Nach einer Pause begann sie: „Der Handel ist um so unangenehmer, als man in dem Fall, daß Lobias auf seinem Kopf bleibt, kein Ende davon absehen kann. Den alten Eder bringt Ihr nicht dazu, daß er Euch nachgibt. Den kenn' ich besser!“ — „Es mag sein“, versetzte die Bude. „Ich muß es eben annehmen, wie's kommt.“ — Das Gesicht der Pfarrerin erhellte sich, wie durch eine Umwandlung von Laune, und sie sagte: „Das Gesichtste war“, wenn für Dich jetzt eine gute Partie ausfällt! So ein reicher Wittwer etwa, der oft froh ist, wenn er ein tüchtiges Hausweib kriegt zu seinem Weib und seinen Kindern. Und das würdest Du abgeben, dafür könnt' ich einsehen!“ — Die Bude schüttelte unwillkürlich den Kopf und sah zu Boden. — „Wie“, rief die Pfarrerin, „Du würdest so einen Antrag ausfchlagen?“ — „Ja, Frau Pfarrerin“, erwiderte das Mädchen. „So lang' der Lobias keine andere heiratet, heirat' ich auch nicht!“ — „Das ist ja ernsthafter, als ich gedacht hab“, rief die Frau. „Aber“, setzte sie nach einer Weile hinzu, „was findest Du denn nur so Besonderes an dem Menschen? Ein nettes Bürschchen ist er; aber so lang' ich ihn kenne, der Spott des Dorfes, wie ein Kind, und doch wieder eitel und prahlisch — kurz, ein Schneider, wie's nur einen geben kann!“ — „Hast Du denn das nicht auch gehört und gesehen?“ — „Allerdings“, Frau Pfarrerin, „entgegnete die Bude mit Ernst; „aber das macht mir nichts, selbst ich hab' besser lernen gelernt hab' und weiß, wie er's in seinem Herzen meint. Seine Fehler sind Kleinigkeiten, die er ablegen wird mit der Zeit. Und wenn ihm auch was davon bliebe — meinen Sie, Frau Pfarrerin, daß ich nicht im Stande wäre, mich selbst anzunehmen? In meinem Besten wäre ich niemand etwas tun — dafür sind ich gut!“ (Fortsetzung)

physischen Personen nur Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften m. b. H., Bergwerksbetriebe, eingetragene Genossenschaften und Konsumvereine zur Staatsrentenversicherung beauftragt werden, erstrecken Anhalt, Bremen, Ostpreußen, Sachsen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar, beide Preußen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schaumburg-Pinneberg die Steuerpflicht auf sämtliche rechtsfähige Vereine. Das Inkrafttreten des Reichsgesetzes würde also zur Folge haben, daß in allen diesen Staaten ohne weiteres die gewerkschaftlichen Berufsvereine Einkommensteuerpflichtig würden. Wie der Staatsrentenversicherung allein ist es nicht genug; im Anhalt, S. W. würden die Berufsvereine auch Vermögenssteuer (!) (Kapitalrentensteuer) vom 1. Mai 1906 §§ 1 und 2) und Gemeinde-einkommensteuer (!) (Gemeindeabgabengesetz vom 18. Mai 1906 § 18 Riffer 2) zu zahlen haben."

Als Einkommen des Berufsvereins kämen nach Ansicht des Verfassers die Mitgliederbeiträge in Betracht. Bei den gewaltigen Einnahmen der deutschen Gewerkschaften würde der Steuerfiskus ein nettes Geschäft machen. Bei der Abgabe gegen den Entwurf der Regierung darf dieses Argument nicht übersehen werden. Ginein deshalb in die

Protest-Versammlungen!

Wie Arendt sein Mandat mißbraucht.

Webel wurde kürzlich ein „Verleumder“ geschimpft, weil er dem Veterofreunde Dr. Arendt Mißbrauch seines Mandats nachgewiesen hatte. Mit welchem Rechte das geschah und mit welchem Rechte sich Herr Arendt über Webels Nachweis entrüstete, lehrt folgende Mitteilung, die uns aus Berlin zugeht:

Auf die Anfrage, die Herr Arendt gegen den früheren Kolonialdirektor Dr. Kahler erhoben hat, insbesondere seine Verantwortung, daß er sich nicht an Kahler bezogen habe, sondern dieser ihn um seine Vermittlung ersucht und ihn sogar an sein Kanzlerlager habe kommen lassen, schreibt die Witwe des früheren Kolonialdirektors, Frau Friedrike Geheime Rationsrat Dr. Kahler, der W. B.: „Mein Mann lag länger darnieder an den Folgen einer Blutergußung und der Arzt hatte auf das dringendste Verlangen, sogar den der Familie verboten. Da kam Dr. A. und verlangte meinen Mann zu sprechen; ich bebaute ihn nicht verlassen zu können, er ließ sich aber nicht abweisen, und durch die Unterhaltung vor seiner Tür aufmerksam geworden, wünschte der Kranke Bescheid. Ich teilte ihm also mit, um was es sich handelte, und A. wurde unter der Aufsicht seinerseits, dem Kranken nur ein kurze, wichtige Mitteilung zu machen, hineingelassen. Ich blieb im Nebenzimmer in der offenen Tür, und nach kaum zwei Minuten trat ich erschrocken ins Zimmer und sah, wie mein Mann sich erhoben hatte und mit ausserordentlichem Arm rief: Was, Sie unterstützen sich, Sie mit einem Kranken, um mich in meine eigenen Räume zu bedrohen? Sie verlassen augenblicklich meine Wohnung und ich verbitte Ihnen, jemals wieder mein Haus zu betreten. Das bedarf wohl Ihres Kommentars nicht? Für heute nur noch die kurze Notiz, daß mein Mann niemals verunahet wurde, sein Amt niederzulegen, an das er sein Verbleiben binah; er hat im Gegenteil während seiner 6 1/2-jährigen Amtszeit dreimal bezüglich seiner Entlassung gebeten, ohne daß sie ihm gewährt wurde.“

Man darf neugierig darauf sein, ob die Dreifachigkeit Arends so weit geht, nach dieser Enthüllung noch Abgeordneter zu bleiben.

Keine Fleischnot mehr! Der Bund der Landwirte verordnet ein Flugblatt über die Fleischsteuerung, in welchem „nachgewiesen“ wird, daß das Vieh in der Hauptsache im Besitze der kleinen Leute ist, daß die Grenzen schon jetzt genügend geöffnet sind, daß die Fleischpreise in London höher sind, als in Deutschland, daß nicht die Landwirte, sondern andere Faktoren an der Fleischsteuerung schuld sind, daß diese Fleischsteuerung eine Folge der allgemeinen Weltmarktkonjunktur ist, daß die Viehpreise erheblich gefallen sind und daß der Viehschutz im Interesse der gesamten Bevölkerung aufrechterhalten werden muß. Jetzt wissen wir's also.

Stoch ein sittlich „Minderwertiger“. Der als Mitglied des Kuratoriums der Weiskenscher Realschule gewählte sozialdemokratische Klassenbote Taubmann ist vom Provinzial-Schulkollegium nicht bestätigt worden. Die darauf beim Minister eingereichte Beschwerde ist abschlägig beschieden. — Ihm fehlte die bei Pöbdielski und Konforten so gut bewährte „sittliche Tüchtigkeit“.

Stoch schärfer gegen die Polen! Eine neue Polenvorlage, welche die preussische Ostmarkenpolitik insofern auf eine völlig neue Grundlage stellt, als sie schärfere Handhaben für den Kampf um den nationalen Boden vorschlägt, ist, wie die „Tägl. Rundsch.“ erfährt, im preussischen Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet und wird dem Landtag sogleich nach seinem Zusammentritt zugehen.

Wachstumsbruch. Ein drittes Verfahren wegen Verleumdung des preussischen Abgeordnetenhauses wird aus Düsseldorf angekündigt. Gegen die dortige sozialdemokratische „Volkszeitung“, deren verantwortlicher Redakteur kürzlich wegen eines gleichen Vergehens zwei Monate Gefängnis erhielt, ist ein erneutes Strafverfahren wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses eingeleitet worden.

Es wird weiter erzählt aus Berlin wird aus telegraphisch gemeldet: Aus der veranlaßten Untersuchung des Reichstages vom Freitag verläßt, daß Herr Erberow anerkennend hat, der Abgeordnete Horzen, dem die Anfrage des Kolonialdirektors überreichend gelassen seien und der deshalb auch in Material nicht zur Hand gehabt hätte, werde bei der zweiten Sitzung den Bericht abgeben, daß er sich nicht in die Angelegenheiten des Kolonialamts heranzugewandt habe, daß er vielmehr von Seiten der Regierung um seine guten Dienste ausgesprochen worden sei. Herr Horzen soll auch einen Brief des Reichsanwalts beifügen, in dem er um Bewilligung in der Wählbezugsangelegenheit gebeten wird.

Wenn das sind in den Frauen sein ... Die Tragödie von Arendt wird bestimmt die gute Folge haben, daß die preussischen Bestimmungen über die Ausweisung der Personen einer Renaturierung unterzogen werden sollen. Die „W. B.“ sagt darüber: „Der Schicksal des Schicksals folgt hat, wie wir zu verhoffen haben, in Regierungskreisen Anlaß zu ernstlichen Überlegungen gegeben, auf welche Weise das gegenwärtig bestehende System der Ausweisung innerhalb der einzelnen deutschen Bundesstaaten zweckmäßig abgeändert werden kann. Es soll darüber getrachtet werden, daß einheitliche Bestimmungen nach ihrer Entlassung nicht mehr durch solche Ausweisungsmassregeln — gute Führung während der Strafzeit und nachher — vorausgesetzt — am ehesten in Form kommen können. Die Abreise nach dem Verlassen der Strafanstalt ist, daß dem Dr. Arendt nicht mehr durch solche Ausweisungsmassregeln — gute Führung während der Strafzeit und nachher — vorausgesetzt — am ehesten in Form kommen können.“

linge nach ihrer Entlassung nicht mehr durch solche Ausweisungsmassregeln — gute Führung während der Strafzeit und nachher vorausgesetzt — am ehesten in Form kommen können. Die Abreise nach dem Verlassen der Strafanstalt ist, daß dem Dr. Arendt nicht mehr durch solche Ausweisungsmassregeln — gute Führung während der Strafzeit und nachher vorausgesetzt — am ehesten in Form kommen können.“

Ein schweres Verbrechen und wie es bestraft wird. Dr. Stöbel, der frühere Kolonialdirektor und gegenwärtige Gesandte am norwegischen Hofe soll, nach der „Post“, entschlossen sein, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Er altert nicht für unsere Verhältnisse, daß dem Dr. Stöbel nicht seine frühere eigenartige Tätigkeit in der Kolonialverwaltung den Hals bricht, sondern daß von Harden neulich mitgeteilte Versehen bei der letzten Nordlandfahrt des Kaisers. Er hatte vergessen, dem Monarchen sofort von der Geburt des kaiserlichen Enkels Mitteilung zu machen. Das bricht ihm jetzt den Hals!

Kleine politische Nachrichten.

Der neue Reichshaushaltsetat verlangt einen Unterhaushalt für die Reichsanstalten sowie die Schaffung einer neuen Direktorstelle im Auswärtigen Amt und ebenso eine dritte Direktorstelle beim Auswärtigen für Privatversicherung. — Das oben erwähnte Staatsministerium beschloß, im Landtag einen „Eigentum“, betreffend das Verbot aller Serim-Vermittlungs-Gesellschaften im Großherzogtum, einzubringen. — Das Schwurgericht Kassel (Frankfurt) verurteilte Kachelofen wegen Verleumdung der Witwe Schwaner zu 20.000 Mark Geldstrafe und Verfallensklage des Urteils in 10 Reutenen. (S. war vor zwei Jahren nach einer Oberverurteilung in der Deputationskammer verurteilt worden.)

Artenland.

Internationale Solidarität. Aus Paris meldet ein Telegramm: Die sozialistische Gruppe der Kammer empfing eine Abordnung der Organisation der russischen Sozialisten, welche es als notwendig darstellte, der Aufnahme eines neuen russischen Anleihen auf dem französischen Markt entgegenzutreten. Die Kammergruppe beschloß einstimmig, die Regierung über die Angelegenheit zu interpellieren.

Die Zeit der Schwärze. Wie das katholische Pariser Blatt „Le Croix“ behauptet, ist den Bischöfen die Vergiftung des Papstes zugerechnet, wonach dieser dem Klerus untersteht, der Behörden irgendwelche Aufgaben über die Ausübung des Kultus zu geben.

Zur Landesorganisation der preussischen Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ brachte dieser Tage einen Artikel, der sich gegen die Förderung des Genossen Kron's wandte, einer preussischen Landesorganisation zu schaffen. Der „Vorwärts“ hält die von A. geforderte Zusammensetzung der preussischen Parteileitung für vorläufig abgelehnt, jedoch und zu Revisionen mit dem Parteivorstande einverstanden. Es hieß da:

Wenn die Tätigkeit des Parteivorstandes, der naturgemäß den größten Teil seiner Arbeit der Anregung, Förderung und Leitung der Agitation, sowie der Propagierung der Parteiziele in Preußen zu widmen hat, nicht für Preußen lahmgelegt oder mindestens sehr stark beeinträchtigt werden soll — dann kann das Exekutivkomitee der preussischen Landesorganisation nicht in der von A. vorgeschlagene Form gestaltet werden.

Und weiter: ... Die Parteilitigkeit ist der Kern und Mittelpunkt in der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und des Parteivorstandes; hierauf kann und soll die Landesorganisation wie der vorgesehene Entwurf sie schaffen will, durch ihre Organe: Landeskonferenz, Landeskommission, geschäftsführenden Ausschuss, anregend und befruchtend einwirken, um eine dauernde, taftfähige, alle Aufgaben des Proletariats umfassende Agitation in Preußen zu sichern. Der deutsche Parteivorstand würde, seines leitenden Einflusses auf die preussischen Parteilagenlegenheiten entbehrt, zu einem Schemen werden.

Damit dies nicht geschieht und damit Revisionen verhindert werden, muß nach unserer Meinung sich die preussische Landeskommission mit dem Parteivorstande über Umfang, Art und Ausübung der zur Förderung der Parteibewegung in Preußen notwendigen Agitation verständigen. Den preussischen Parteivorstand, der die Landeskommission als Spitze angeordnet werden. In den preussischen Landeskonferenzen und in der Landeskommission werden Organe geschaffen, die geeignet sind, als wertvolle Hilfsorgane des Parteivorstandes die Parteibewegung in Preußen auf allen Gebieten der Verwaltung und des öffentlichen Lebens zu beleben und einheitlich zu gestalten. Schließlich ward noch folgendes gefordert gemacht:

Wenn wir den gemachten Gegenstand als den angeführten sachlichen Gründen als partiell abgelehnt bezeichnen und bekämpfen müssen, so haben wir gegen ihn außer den genannten noch formelle Bedenken, mit denen wir ebenfalls nicht zurückhalten wollen. Ein preussisches Organisationsstatut darf unserer Meinung nach keine Bestimmung enthalten, die dem deutschen Parteivorstand, dessen Befugnisse und Pflichten durch das Organisationsstatut der Partei und die Befugnisse der deutschen Parteitage geregelt werden, bestimmte Aufgaben zuweist. Nach unserem Wissen sind in den Statuten der anderen Landesorganisationen keine derartigen Bestimmungen enthalten. Auch dieser Umstand sollte bei der Gestaltung der preussischen Landesorganisation nicht unberücksichtigt bleiben.

Der nachfolgende Artikel hierüber ist uns wie dem „Vorwärts“ vom Genossen Leo Kron's mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen.

Genosse Kron's schreibt: Die wichtigste Frage, die den zu Ende dieses Monats in Berlin zusammengetretenen preussischen Parteitag beschäftigt wird — die Frage der Landesorganisation, ist von solcher Bedeutung für das gesamte deutsche Parteileben, daß eine ausgiebige Erörterung in der gesamten Parteipresse wohl angebracht ist. Es wird deshalb kein Bedenken hervorgerufen, wenn ich meine in Nr. 266 des „Vorwärts“ (zweite Beilage) gemachten Vorschläge gegen die Kritik zu rechtfertigen suche, die sie in der Nr. 283 (Sonderblatt) gefunden — ja, die sich so eindeutig und bestimmt äußern, daß der Bericht eine Reihe von Vorschlägen, die ich in meinen Vorträgen zum Ausdruck gebracht habe, zu den Urteilen machten, während die Kritik im „Vorwärts“ sie getadelt hat. Ich habe mich nicht zu weit von dem Parteivorstand entfernt, sondern mich an dem Parteivorstand gehalten, der die Landesorganisation der Partei und die Befugnisse der deutschen Parteitage geregelt werden, bestimmte Aufgaben zuweist. Nach unserem Wissen sind in den Statuten der anderen Landesorganisationen keine derartigen Bestimmungen enthalten. Auch dieser Umstand sollte bei der Gestaltung der preussischen Landesorganisation nicht unberücksichtigt bleiben.

von dem letzten Parteitag mit der Vorlage eines Entwurfs betrauten Organisation von Groß-Berlin überfließen werden ist, werden — falls nicht der vorgesehene Entwurf eine Entlohnungsmasse enthält — in einer Generalkonferenz die Beschäftigten festgesetzt werden müssen, unter denen eine sofort zu wählende Kommission ihre Bearbeitung vorzunehmen hat; es wäre deshalb vorzuziehen, vorher die Höhe des letzten auszuwerfen. Immerhin mag, nachdem der berechnete Einwand einmal erhoben ist, wenigstens an einem Beispiel gezeigt werden, wie das Bedenken sich beseitigen läßt. So wird bezüglich des höchsten Ausschusses folgendes gesagt werden müssen, daß der deutsche Parteivorstand es aus seiner Mitte ernennen kann, und daß, wenn er von diesem Recht keinen Gebrauch macht, auch dieses höchste Ausschussmitglied von der Landeskonferenz gewählt wird. Damit ist dem deutschen Parteivorstand eine Aufgabe nicht zugewiesen, sondern nur ein Recht eingeräumt, von dem er Gebrauch machen wird, wenn er erkennt, daß das im Interesse der Gesamtpartei geboten ist. Und diese Erkenntnis wird nicht ausbleiben — damit kommen wir von der Form zum Inhalt.

Mühte bei der Form die Vereinfachung der Kritik unbedingt ausgegeben werden, so muß sie inhaltlich als völlig berechtigt bezeichnet werden; und der Grund dieses Verfehlers liegt klar zu Tage. Der Kritiker hat sich den Ansetz der Preußenorganisation nicht für gemacht: „Wenn die preussische Landesorganisation, was ihr Zweck ist, der Partei nutzen soll, ...“ schreibt der Kritiker. Nun ist es ganz gewiß, daß es Zweck der preussischen Landesorganisation sein muß, der Partei zu nutzen. Aber diesen Zweck hat auch jede Rede unserer Abgeordneten im Reichstag, jeder Diskussionsbeitrag, jedes Flugblatt ist der allgemeine Zweck jeder irgend wie geleiteten Betätigung der Partei. Was in besonderen Fällen nötig ist, erfahren wir erst, wenn wir den besonderen Zweck ins Auge fassen, und der besondere Zweck der Preußenorganisation ist kurz und läßt sich ausdrücken: Die Umgestaltung der preussischen Verfassung und Verwaltung im Sinne der Sozialdemokratie.

Zweitens die nächsten Schritte zur Verwirklichung dieses einen — freilich gewaltigen — Problems ins Auge zu fassen und in die Wege zu leiten, ist die einzige Aufgabe der preussischen Landeskonferenzen, und hierfür müssen sie allerdings einen mit wirksamen Befugnissen und Mitteln ausgerüsteten preussischen Landesvorstand als Exekutivorgan haben, dessen Wirkungskreis gerade zu diesem Zweck passend wählen. Mit vollem Recht machte Genosse Binger auf dem Parteitag 1904 darauf aufmerksam, daß der preussische Parteitag dem deutschen Parteivorstande keinen Auftrag erteilen könne. Ganz energisch aber dürfte umgekehrt der deutsche Parteivorstand dagegen protestieren, daß unter Kritik: „In der preussischen Landeskonferenz und in der Landeskommission werden Organe geschaffen, die geeignet sind, als wertvolle Hilfsorgane des Parteivorstandes die Parteibewegung in Preußen ... zu beleben usw.“ Eine Landeskonferenz, namentlich, wenn sie entsprechend den Vorurteilen des Entwurfs als unmittelsbar und berufensmäßig vertreten der größten deutschen Parteigenossenschaft zusammengesetzt ist, kann niemals ein Hilfsorgan eines Parteivorstandes sein, der selbst ja nur als stellvertretendes Hilfsorgan von dem Parteitag gewählt wird. Nimmt man an, daß der deutsche Parteivorstand in der Lage ist, auch noch die ganz besondere Aufgabe einer preussischen Landesorganisation zu bearbeiten, so muß diese Aufgabe auch auf dem deutschen Parteitag behandelt werden, der allein befugt ist, dem deutschen Parteivorstand Aufträge zu geben, wie auch dieser Parteitag allein in der Lage ist, den Vorstand seinen jeweiligen Aufgaben entsprechend zuzumunnen. Dazu bedarf es einer preussischen Landesorganisation überhaupt nicht. Um auf einen von ihr unabhängigen Parteivorstand „anzuwand und befruchtend einzutreten“ beruht kein Landeskonferenz aus einem Gebot, das sich von einer als Beweis, von Godesleben bis Moskowitz erstreckt. Und kommt es für den deutschen Parteivorstand nur auf Hilfsorgane zur Lösung der preussischen Frage an — diese sind durch die allgemeine Organisation gegeben, die in Preußen stramm durchgeführt ist, und wo es noch etwa hapern sollte, so würde durchgeführt werden muß.

Man aber der Meinung, daß die preussische Parteigenossenschaft als solche — vertreten durch eine Landeskonferenz — zu der großen preussischen Frage Stellung nehmen muß, so muß man ihr auch ein ganz von ihr abhängiges, von ihr zusammengeordnetes, von ihr kontrolliertes, von ihr beauftragtes Vollzugsorgan ausstellen. Und sind diese Aufgaben streng umschrieben, so kann es zwischen diesem Vollzugsorgan und dem Vollzugsorgan der deutschen Partei — nichts anderes ist der deutsche Parteivorstand — zu Zusammenstößen bei einigermassen gutem Willen nicht kommen. Dann ist es auch gar nicht nötig, daß die Angelegenheiten immer in zwei verschiedenen Körperlichkeiten berufen und beschloffen werden müssen.“ Die Teilnahme eines Mitgliedes des deutschen Parteivorstandes an der Landeskonferenz soll, abgesehen von der gewiß wertvollen Mitarbeit, nur dazu dienen, „Gebietsverleumdungen“ zur gegenseitigen Kenntnis zu bringen. Deshalb soll auch das Parteimitgliedschaft nicht bei jeder Unstimmigkeit Einspruch erheben und die Zustellung von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern betreiben können, sondern nur, wenn ein Beschluß über den Kreis der preussischen Angelegenheiten hinausgehen oder dem Interesse der Gesamtpartei zu widersprechen scheint; im übrigen muß sich das Parteivorstandsmitglied genau so überstimmen lassen wie die übrigen.

Genossenschaft wird niemand behaupten können, daß die vorgeschlagenen Änderungen nun das Muster aller Vollkommenheit seien; gewiß wird auch so der Geschäftsgang nicht leicht die gewöhnliche Schnelligkeit und Reaktionsfähigkeit haben. Wie aber auch nur der dreifache geschäftsführende Ausschuss des Entwurfs, der nicht an einem Orte vereint ist, schneller handeln, wie die Landeskommission, die gar auf 12 Orte verteilt ist, vor der Beschlußfassung ohne Reibung mit dem Parteivorstande sich zu verständigen“ hat, ist unbestreitbar. Welches Ergebnis sollte man eher auf jede besondere preussische Landesorganisation verzichten, als den schwersten Verlust gegen die Demokratie zu begeben, indem man die preussische Parteigenossenschaft, als Landeskonferenz konstituiert, scheinbar laubstündig macht, ihr aber jede Fähigkeit, durch ihren Ausschuss zu handeln, nimmt.

Arbeiterbewegung.

Den Torpedos — starb — in Wiltshöfen erlitten nette Ausfahrten für das kommende Weihnachtsest. Unter den Arbeitern war nämlich das Gerücht verbreitet worden, 150 bis 200 Arbeiter, das ist der dritte Teil aller auf der Werk beschäftigten Leute, sollten entlassen werden. Dies riesig hart unter der Arbeiterschaft eine nicht geringe Aufregung hervor. Die Werkleitung sah sich infolge dieser Erregung veranlaßt, eine Versammlung einzuberufen, um Aufklärung (!) über die Sachlage zu geben. In dieser Versammlung erklärte Baumeister Stöck, daß es mit den Arbeitsverhältnissen auf der Werk ungünstig aussehe. Das Torpedowerk erhalte vom Reichsmarineministerium die Mittel halbjährlich, und zwar Anfang April und Oktober. Im Sommer erfordere jedoch das militärische Interesse ein verstärktes Arbeiten mit Überstunden. Daraus seien die Mitarbeiter für das zweite Halbjahr ersicht. Das Reichsmarineministerium, dem von der Werkleitung von diesem Stande der Dinge Bericht gegeben worden sei, wolle aber von Entlassungen absehen, dagegen verfahren, durch Fortfall jeder Arbeit über die Werkleitung der Arbeitszeit bis auf sieben Stunden sowie durch Verbesserung einer Anzahl Arbeiter an andere Werkstätten die Arbeiter weiter zu beschäftigen. Diese Maßnahmen bedeuten für einen Teil der Arbeiter bedeutende Entbehrungen, die Berliner „Volkszeitung“ spricht sogar von 100 Mark pro Monat, und das in einer Zeit, wo infolge der gewaltigen Steigerung der Lebensmittelpreise der Kaufwert des Geldes ohnedies erheblich gesunken ist. — Dem Reichsmarineministerium war es natürlich unmöglich, seinen Etat so einzurichten, daß die Werkarbeiter eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung haben. Diese Praxis trägt auch ihre Früchte.

zu die Frauen organisierter Arbeiter!

Seit einer Reihe von Jahren sind die Arbeiter aller Branchen bestrebt, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Auch die Einwohner der „Victoria“ haben sich vor einiger Zeit der Organisation angeschlossen, um ihre Lage zu bessern.

Um nun die organisierten Arbeiter in ihren Bestrebungen zu unterstützen, bitten wir die Frauen organisierter Arbeiter, bei Besprechungen und im besonderen bei Versicherungsabschlüssen, immer nach der Kontrollkarte in brauner Farbe zu fragen. Nur gegenseitige Unterstützung kann die Arbeiterbewegung fördern.

Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf mit Unorganisierten Abschlüssen von Versicherungen machen. Hoch die Solidarität!

Dem mittelschlesischen Parteisekretariat. Nachdem die Besetzung des Genossen Scholich zum Sekretär des Agitationsbezirks Breslau durch den Berliner Parteivorstand nunmehr eingetroffen ist, wird der Parteisekretär von jetzt an seine Tätigkeit aufnehmen. Dem Agitationsbezirk gehören die folgenden Wahlkreise an:

- Goldberg-Gaynau-Viegnitz, Gubrau-Stelmau-Wohlaw, Müllisch-Trebnitz, Dels-Brosch-Wartenberg, Döhlen-Strehlen-Nimptsch, Briesau-Namslan, Kreuzburg-Rosenberg, Dypeln, Roslau, Neustadt, Falkenberg-Grottau, Neisse.

Alle die Agitationskommission beziehungsweise die genannten Wahlkreise betreffenden Zuschriften sind an das mittelschlesische Parteisekretariat, s. O. des Parteisekretärs Gustav Scholich, Breslau III, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten.

Wieder ein Schritt vorwärts zum Wohle der Partei!

Schlesischer Tierkalendar. Ein lieber, alter Feind kennt keine Kunde durch Heimland. Es ist der im Verlage von Wilhelm Volk in Nimptsch erscheinende „Schlesische Tierkalendar“ für 1907. Der diesmal neben seiner vorjährigen Uniform ein besonders geschmackvolles Gewand angelegt hat. In ersten und letzten Bildern, in Merkwürdigen und Märchen, in Fabeln und wahren Geschichten wendet er sich an das Herz der lieben Jugend, um sie zu einer vernünftigen, dem Sittengesetz entsprechenden Liebe zu den Tieren anzuregen. Darum begrüßen wir es auch im Interesse der Tierliebhaber, daß sich der Kalendar von jeder sentimentalen Uebertreibung fernhält, die erfahrungsgemäß die gefährlichste Feindin aller guten Gedanken ist. In diesem Sinne fällt u. B. Gaultier ein strenges aber berechtigtes Urteil über wilde Katzen, wenn er auch gerade in diesen beiden Abhandlungen gewisse Katzenrassen nicht zu Gefallen geschrieben haben mag. Sehr interessant ist es auch, den großen Tonkünstler von Bayreuth, Richard Wagner, als einen warmherzigen Tierfreund kennen zu lernen. Die humorvollsten Gedichte: „Das kluge Mäuschen“ von D. Schmitzchen und „Kleine Antreiber“ von Paul Koschak werden den kleinen Lesern gewiß Spaß machen, nicht minder das prächtige zweifarbige Bild zu dem Gedichte „Die Henne und der Osterhase“ von S. George. Was in allem: die noble Ausstattung, der vielfältige, geist- und gemütsbildende Inhalt und der sehr billige Verkaufspreis lassen uns hoffen, daß der Schlesische Tierkalendar zu seinen zahlreichen Freunden sich im nächsten Jahre noch viele dazu erwerben wird. Er ist wert, in der ganzen Heimat verbreitet zu sein.

Einem kostenfreien beruflichen Unterricht erteilt die Abteilung für beruflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Tararphen-Bundes, Eis Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den beruflichen Unterricht nach genauer Anleitung, schriftlich und mündlich durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Material erwachen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grauburgstraße 85 zu richten. - Bitte auszuscheiden, aufheben und unter Bekannten weitergeben.

Eine Gasexplosion erfolgte heute Vormittag in einem Schuhwarengeschäft auf der Klosterstraße 83. Nachts war auf irgend eine Weise Gas ausgetreten, welches sich beim Betreten des Raumes mit offenem Licht entzündete. Durch den Luftdruck wurde eine der Fenstern trennende Bohlenwand durchgedrückt. Das Feuer, das ein Schreibpult und ein Regal erfasst hatte, wurde durch die Feuerwehr bald erlosch. Unfälle sind nicht vorgekommen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Innensache! Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 7 Uhr findet im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer Nr. 1, eine Mitglieder-Versammlung statt. Hierzu hat jeder Kollege, bestimmt an der Kasse, daselbst werden auch die rückständigen Beiträge fällig sein. Die Tagesordnung lautet: 1. Quartals-Abrechnung, 2. Neuwahl, 3. Verschiedenes.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 9. Dezember. Eine öffentliche Arbeiter-Versammlung tagte vergangene Woche im „Zeltgarten“. Verhandlungsleiter Lothar aus Berlin referierte über die Notwendigkeit und die Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung. In zirkelständiger Rede beleuchtete Redner die gegenwärtigen Machtverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter-Organisation. Er wies darauf hin, daß es die Unternehmer verstanden haben, in kurzer Zeit musterhafte Organisationen ins Leben zu rufen, wodurch die Position der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf das bedenklichste bedroht ist. Dieser Zustand verstimmt sich noch in vielen wirtschaftlichen Niedergang. Hieraus ergebe sich, daß neben der Gewerkschaftsorganisation die Ausbreitung der politischen Organisation mehr als bisher ins Auge gefaßt werden müsse. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Die Versammlung bewies, daß es auch unter den Arbeitern vorwärts geht und der moderne Organisationsgedanke auch dort festen Fuß gefaßt hat.

Die Besetzung der Bahnstrecke Schweidnitz-Charlottenbrunn wird erneut in Angriff genommen und zwar sollen umfangreiche Granit-Mauerarbeiten in der Nähe von Erlendau aufgeführt werden. Dadurch dürften die vom Publikum vielfach geäußerten Bedenken bezüglich der Betriebszeit dieser Bahnstrecke mehr und mehr beseitigt werden. Soweit es die Witterung gestattet, soll mit den Arbeiten sofort begonnen werden. Spätestens bis Juli nächsten Jahres müssen

dieselben beendet sein. Elektrische Beleuchtung erhalten die Bahnhöfe Lannhausen und Charlottenbrunn.

Freiburg, 9. Dezember. Die Mittelständler hatten dieser Tage in den „Anstalten“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die von ungefähr 60 Personen besucht war. Herr Schneidermeister Mater aus Schweidnitz sprach über die kommenden Reichstagswahlen. Aus seinen Ausführungen, in welchen er sich jeden Eingriff auf die Sozialdemokratie enthielt, ist bemerkenswert, daß die Mittelständler beabsichtigen zur nächsten Reichstagswahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Zwar bräute sich Herr Mater um dieses Gelingen herum, indem er versicherte, daß der Kandidat des Bundes der Handwerker von den Mittelständlern unterstützt werden würde, wenn derselbe sich verpflichtet, die Forderungen der Mittelständler im Reichstage zu vertreten, aber Herr Schneidermeister Mater plauderte dann in anderer Weise aus, daß die Auffstellung eines eigenen Kandidaten bereits beschlossene Sache sei, gleichgültig, ob der Bundeskandidat die Forderungen der Mittelständlerunterstützung unterschreibt oder nicht! Daß dieses Vorgehen, falls es dabei bleibt, die Konserativen arg verschumpfen wird, liegt auf der Hand, denn durch die dadurch eintretende Zersplitterung der konserativen Stimmen ist der Sieg der Sozialdemokratie entfallen. In der Hauptwahl nicht ausgeschlossen. Wir können uns also zu dem Vorgehen der Mittelständler nur beglückwünschen.

Das weiß auch Herr Mater, aber gerade diesen Umstand wollen die Herren als Prestige benutzen, um die Konserativen zu einem Verzicht auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten zu bewegen, und die Unterstützung des Mittelständlerkandidaten seitens der Konserativen wäre dann selbstverständlich. Man sieht, die Sache ist nicht schlecht eingeleitet. Schade nur, daß die Arbeiterchaft einen bösen Streich durch diese Rechnung machen wird. Wo Herr Mater ist, ist auch Herr Arbeitshaus-Inspektor Zimmermann aus Schweidnitz. Dieser sprach über die Stellung des Beamten zum Mittelständler. Die Hauptaufgabe des Beamten sei die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Herr leitete sich dann nach einigen plumpe Ausfälle auf die Sozialdemokratie. Unter anderem behauptete er, daß es ein großes Unglück wäre, wenn der Sozialismus siegen würde. Was Herrn Zimmermann anbelangt, müssen wir dies allerdings zugeben, denn in einer vernünftigen Gesellschaftsordnung werden die Arbeiterhäuser ganz von selbst verschwinden, sobald Herr Zimmermann gezwungen wäre, sich nach einer etwas produktiveren Beschäftigung umzusehen. Wenn er dies als ein Unglück betrachtet, so ist das seine Sache.

Landesrat, 8. Dezember. Die General-Versammlung der Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes fand am 5. d. Mts. statt. Genosse Schönwälder gab den Geschäftsbericht. Aus demselben war ersichtlich, daß im verflohenen Geschäftsjahr 30 Fabrik, 18 Mittel- und 5 öffentliche Versammlungen abgehalten worden sind. Die Mehrzahl dieser Versammlungen entfielen auf die im vorigen Frühjahr hier stattgefundenen Lohnbewegung. Die Erfolge, die wir damals errungen, sind keineswegs derartiger Natur, daß wir Veranlassung hätten, in Zukunft die Hände ruhig in den Schoß zu legen. Genosse Schönwälder regt regen Besuch der Versammlungen an und läßt Kritik an denen, die aus natürlichen Gründen dem Verbands den Rücken kehren. Genosse Sankt geht, tote die damals gewährte 15 Prozentige Lohn-erhöhung durch verschiedene Manipulationen illusorisch gemacht wurde. Hier werde ganz besonders in dem Betriebe des Kommerzienrats Meßner großes geleistet. Wenn es gelte, in der Öffentlichkeit zu probieren, läme es auf Tausende nicht an, den Arbeitern aber besänftigt man den ohnehin kärglichen Lohn. An sprechenden Zahlen wies er nach, welche Vorteile durch Zugehörigkeit zum Verbands für die Arbeiter entstehen, und befristete ein allgemeines Vorgehen in familiären Betrieben, für eine prozentuale Teuerungszulage. Aus der Vorstandswahl ging hervor: Wilhelm Schönwälder und Paul Herzl. Vorstands: Maria Seibel und Josef Maulek, Schriftführer: zweiter Kassierer Wenzel Müller; Helfer: die Kolleginnen Erbe und Smitz. Der Vertrag mit dem Geschäftsführer Genossen Sankt wurde ein Jahr verlängert. Ein von auswärts gestellter Antrag um Umtausch-Unterstützung wurde nach eingehender Debatte einstimmig abgelehnt. In die vom Genossen Sankt angeregte Bewegung zur Erlangung einer Teuerungszulage soll sofort nach Neujahr eingetreten werden. Kollege Sankt abstellte an alle Mitglieder, welche ihre Kinder in Textilbetrieben beschäftigten, daß sie dieselben hoch dem Verbands als Mitglieder aufnehmen möchten. Zum Schluss empfahl der Vorsitzende warm die Neuenrichtungen im Zentralverband der Textilarbeiter.

Wentzen OS., 8. Dezember. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Solgarbeiter-Verbandes fand am 5. Dezember in Köbberg. Zunächst referierte Kollege Krenner den letzten Geschäftsbericht. Die Versammlung erklärte sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Alsdann referierte Kollege Schwankel-Kattowitz über „Die gegenwärtige Lage“. Redner schilbert zunächst den Reim- und der Firma Grünfeld-Kattowitz, die obgleich der ganze Betrieb mit Streikbrechern besetzt ist, nicht in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. So habe sie den Firmen Westert-Röntgenhütte und Rosenmund-Beuthen Arbeit angeboten, die aber nicht mit Streikarbeit zu tun haben wollten. Nachträglich hat die Firma Rosenmund die Arbeit doch angenommen. Beim Schlußbericht hat Herr Grünfeld einen Antrag auf Unterstützung gestellt und Herr Lehmann, der Betriebsleiter, der den Streik provoziert hat, hat diesen Antrag mit aller Bereitwilligkeit vertreten, doch ist der Antrag abgelehnt worden, unter der Begründung, die Firma ist tarifmäßig geworden, die Arbeiter besäßen sich im Recht. Recht eigentümlich wird das Verhalten der „Christlichen“. Der Vorsitzende dieses Verbandes rief kürzlich in einer Versammlung, wer zu Grünfeld geht, der ist ein Lump und geht arbeiten dort zwei Christliche, die sich die besten Röhre geben, auch sämtliche anderen Streikbrecher für ihre Organisation zu gewinnen. Redner erfuhr alles daran zu setzen um alle Solgarbeiter dem deutschen Solgarbeiter-Verbande anzuschließen, denn auch die Arbeitgeber Ober-Schlesens haben sich jetzt dem Arbeitneger-Schutzbund Deutschlands angeschlossen. Noch längerer Diskussion, in der besonders die Verhörer der „Christlichen“ und die Reich-Dunderschen Gewerkschaftler ins rechte Licht gerückt wurde, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung der Zimmerer tagte am 6. Dezember. Kamerad Schwob-Kattowitz referierte über die nächste General-Versammlung. Als Kandidat wurde Kamerad Sankt-Röntgenhütte aufgestellt. Als Delegierte zum Gewerkschaftsamt wurden Madaja, Gott und Malcher gewählt; als deren Vertreter Slumta, Broll und Stanoschek. Nachdem Kamerad Schwob in längeren Ausführungen das Statut in Bezug auf die Arbeiter-Unterstützung erläuterte, schloß er die Versammlung mit der Aufforderung, auch im Winter, in der sogenannten betriebsfreien Zeit zu agieren, damit die Zimmerer im Frühjahr gerüstet dastehen.

Aus den Gerichtssälen.

Den Herrn Staatsanwalt zum Duell geordert. Wegen Verletzung des ersten Staatsanwalts in Köbberg hatte sich der Kaufmann Richard Friedländer vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Er war in Köbberg wegen Verletzung gegenüber einer Köhlerin in zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er hier zur Zeit verbüßt. In der vorliegenden Verhandlung vertrat der erste Staatsanwalt die Anklage und, wie Friedländer erwiderte, legte er der Köhlerin die Anklage

vor, worin er an sie gerichteten Fragen immer so in den Mund sprach, daß er, Friedländer, verurteilt werden mußte. Wiederholt hatte er dann Anträge auf Einstellung eines Verfahrens wegen Wehrwidrigkeit gegen die Köhlerin gestellt, die aber vom ersten Staatsanwalt stets abgelehnt worden waren. So schrieb er dem ersten Staatsanwalt nun einen Brief, in dem er ihm mitteilte, daß er am 19. April 1907 aus dem Gefängnis entlassen wird, und ihn für diesen Tag gleichzeitig zu einem „Kampfe mit Feuerwaffen“ nach dem Köbberer Straße lud. In dieser Ladung zum „Kampfe“ wurde eine Verleumdung erblickt. Da die Ladungsbefreiung zum Termine nicht geschah, machte der Angeklagte von seinem Rechte Gebrauch, und verlangte die Verlegung des Termins. Außerdem behauptete er, zeitweilig gelähmt zu sein, weshalb er vor Verurteilung des neuen Termins auf seinen Gesundheitszustand beobachtet werden soll.

Versammlungen und Verkäufe.

Wie wird heute für den Kranken und invaliden Arbeiter gesorgt? Ueber dieses Thema sprach Parteisekretär Genosse Neulirch in gut besuchter Volksversammlung, die am Sonntag den 9. Dezember in Maria-Götschen stattfand. Der Referent betonte insbesondere, daß die heutige Arbeiter-Versicherung mit ihren Krankenunterstützungen und Renten gegen die früheren Unmöglichen allerdings einen Fortschritt bedeutet. Die Dobebriner des Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung seien aber gezwungen, wenn sie meinen, daß für die Kranken und invaliden Arbeiter ausreichend gesorgt sei. Die Krankenunterstützung ist meistens durchaus unzureichend, noch weniger sind die Unfall- und Invaliden-Renten geeignet, das Bewußtsein einer gesicherten Existenz auskommen zu lassen. Es gilt, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, die Versicherungsangelegenheiten anzubahnen und für eine bessere Zukunft überhaupt zu kämpfen, die es als selbstverständlich betrachtet, dem Kranken und invaliden Arbeiter gerecht zu werden. Die längeren Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Genosse Müller. Die Versammlung endete mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Solgarbeiter. Am Donnerstag, den 6. d. Mts. fand im Zimmer Nr. 2 des Gewerkschaftshauses eine Maschinenarbeiter-Versammlung statt. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: „Warum von einzelnen Kollegen bei Sternbera gegen den Verband agitiert wird?“ wies ein Kollege von Sternbera die Sachlage dahin auf, daß in letzter Zeit die Reich-Dunderschen für den Betrieb eine Verfallversammlung veranstaltet haben, um wieder einmal im Erben zu sitzen, was ihnen aber nicht gelang. Ein Antrag auf Uebertragung der Tagesordnung über den Punkt wurde angenommen. Beim Punkt: „Bericht über den Stand der Dinge“ wurden die Wünsche und Tageslicht abgefragt, die jeder Teilnehmer äußerte. Kollege Sternbera erklärte: Schutzvorrichtungen sind man recht selten und dann sehr ungenügend, deshalb auch die vielen Unfälle. Aber auch Vorrichtungen zum Aufhängen des Standes, der schwer den Arbeitern auf die Brust fällt, sind eine Seltenheit. Weisens befinden sich in den Fabrikräumen Fenster mit gerichthagen aber gar ganz ohne Scheiben, und da Türen auch immer geöffnet bleiben, so sieht es ungeheuer. Alle diese Wünsche können unbedingt befragt werden, wenn die Maschinenarbeiter sowie Arbeiter besitzen möchten, und die Arbeitgeber auf die Bestimmungen aufmerksam machen möchten, die zwischen der Innung und freien Vereinigung einerseits und dem Deutschen Solgarbeiterverband andererseits abgeschlossen wurde. Ein großer Mangel ist u. a. auch das Ueberlaufen der Betriebe durch arbeitslose Kollegen. Die Arbeitgeber selbst brühten sich damit, indem sie die unheimlich gewordenen Arbeiter entlassen, da ja sonst dem großen Angebot die billigsten Kräfte angeboten und eingestellt werden können. Kollege Barona wies in seinem Schlußwort auf das Schicksal des Unheimlichen hin und ermahnte die Kollegen, nur den paritätischen Arbeitnachweis zu benutzen und dadurch die Arbeitgeber zu zwingen, dort ihre Arbeitskräfte zu holen. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme:

Die heutige Maschinenarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen unseres Referenten einverstanden und erklärt, daß die Verfallversammlung die Rechte haben, die Weisler sein. Folgender Antrag auf den Arbeitnachweis Breitestraße 85 aufmerksam zu machen.

Neueste Nachrichten.

Dem Hungertode preisgegeben.

Der Genec Wielopolski meldet aus Russland folgendes: Nach den Berechnungen des russischen Roten Kreuzes müssen allein im Gouvernement Kasan 183,000 Kinder, deren Eltern völlig mittellos sind, nun diesem erhalten werden. Währenddem besitzen das Rote Kreuz und die Landeshörden nur die Mittel nur 82,000 Kindern den Lebensunterhalt zu gewähren. „Den übrigen drohe der Hungertod.“

Briefkasten.

Die Kinder können auf Antrag vom Religionsunterricht befreit werden, wenn am Orte eine freie Religionsgemeinde mit entsprechendem Unterricht besteht.

W. S. 1. 1. Haben Sie die letzte Rate am 8. August 1905 gezahlt, so ist die Schuld für die Möbel nicht verjähr. 2. Der Gläubiger braucht nicht mit jeder Teilzahlung zufrieden sein. Bei dem Mangel einer bestimmten Verabredung über die Höhe der Raten können wir nur annehmen, daß überhaupt kein Kauf auf Abschlagszahlung im Sinne des Gesetzes vorliegt und Sie verpflichtet sind, die Restschuld im ganzen zu zahlen.

Wien. Das Mädchen, das eine Rente bezieht, ist berechtigt, einen Antrag auf Unterbringung in eine Frauenheilstation zu stellen.

14. Quittung.

Für den Kaiser-Deputierten Stroh gingen bei dem Unterzeichneten ein: Beweis quittet 218.80 Mfr. Uebernahme von einer Kranenwende der kleinen Maschinen-Bauanstalt, Abteilung II 3.00 Arbeiter-Kassabereiner Grabschen, gef. d. Abendrot 5.00 Von Kollegen der Firma R. A. Seiffert'sche Kronleuchterfabrik in Wägen bei Dresden 21.08 Summa 247.88 Mfr. E. Neulirch.

Sammelkasten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, zu haben.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Date (9. u. 10. Dezember), Time (Morgens 2 Uhr, Abends 8 Uhr, Morgens 7 Uhr), and Weather (Wetter). Rows include temperature, wind speed, and other meteorological data.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Table with 5 columns: Date (Montag, den 10. Dezember), Time (Geste 7 Uhr), and Weather (Wetter). Rows include temperature, wind speed, and other meteorological data for different locations.

Personen-Kalender.
Breslau.

Im Partei-Sekretariat,
Neue Graupenstr. 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 3141,
werden jedwede Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen
und sind Aufnahmescheine sowie Postkarten auf die „Vollswacht“
zu haben.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 10. Dezember:
Verband der Sticker. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr,
Zimmer Nr. 1.
Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen. Abends
8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 2.
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-
versammlung. Vortrag von Herrn Dr. Landsberg.

Dienstag, den 11. Dezember:
Protestversammlung gegen den Gesekentwurf betreffend die
Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften. Abends 8 Uhr im
großen Saal.

Sonntag, den 16. Dezember:
Ordnungskasse für Föder und Odenbauer. Nachmittags
3 Uhr: Generalversammlung im Zimmer Nr. 2.

Montag, den 17. Dezember:
Waser. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Abends 7 Uhr,
im großen Saal.

**Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer
des Sozialdemokratischen Vereines:**

Distrikt 2 (Ganerbrennen).
Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr findet im Distrikts-
lokale eine wichtige Versammlung aller Mitglieder im Pellen des
Partei-Sekretärs Genossen Neulich statt. Es ist Pflicht eines
Jeden, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Der Bezirksführer.
Distrikt 6 (Klofalter).
Besitz 11 u. 12. Dienstag, den 11. Dezember, Abends
8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.
Distrikt 7 (Klofalter).
Besitz 1 u. 3. Donnerstag, den 13. Dezember, Zusammen-
kunft und Nachabend. Mitgliederbücher werden eingesehen.
Besitz 2 u. 4. Sonntag, den 16. Dezember, Vormittags
10 Uhr: Zusammenkunft und Jahrtag. Mitgliederbücher werden ein-
gesehen.
Distrikt 9 (Oberster).
Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft
der Mitglieder im Distriktslokal. Da wichtige Sachen vorliegen,
werden die Genossen ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Distrikt 12 u. 13.
Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft
sämtlicher Mitglieder obiger Distrikte. Wahl der Distrikts- und Be-
zirksführer. Abrechnung der Programme usw. Die Bezirksführer
haben ihre Mitgliederbücher mitzubringen. Ort der Zusammenkunft:
Zeit, Uferstraße 26.
Distrikt 14 (Oblauer Tor).
Donnerstag, den 13. Dezember: Zusammenkunft der Bezirks-
führer. Ausgabe der Kontrollkarten.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).

Besitz 8 u. 8. Mittwoch, 12. Dezember, Abends 8 Uhr,
Zusammenkunft im bekannten Lokal.
Distrikt 18 (Jüdische Stadt, Ostkreis).
Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-
führer-Sitzung. Abrechnung der Programme und Sammellisten.
Lokal-Distrikt 7.
Besitz 2. Mittwoch, den 12. Dezember: Zusammenkunft im
bekannten Lokal.
Landeshut. Öffentliche Volks-Versammlung. Mitt-
woch, den 12. Dezember, im Gasthof „Zur Sonne“.
Tagesordnung: Die Bedeutung der Konsumvereine. Referent:
Frau Wadmitz-Dröbner. Der Einberufer.
Beuthen O.S. Öffentliche Volksversammlung. Dien-
stag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr im Gewerkschafts-
lokal zu Hohenberg, Große Dombrowlstraße 8. Tagesordnung:
Der Gesekentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften.
Referent: H. Andersch, Rattowitz.
Jabrze. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den
12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Gewerkschafts-
lokal. Tagesordnung: Preußenpolitik und Preußenstag.
Referent: Julius Bruns.
Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und
Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schüt.
— Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
Montag, Anfang 8 Uhr:
„Alone“.
Dienstag:
„Alexandro Strabella“
„Die Ruppenfee“.
Mittwoch:
„Memo“.

Lobe-Theater.
Montag
am 1. Akt:
„Der Sieblose“.
Dienstag:
„Die Infante Witwe“.
Mittwoch:
„Der Sieblose“.

**Volks-Vorstellungen im
Thalia-Theater.**
Montag
Kombinationsstück: Derin
Anfang 8 Uhr:
„Narzische Mitouche“.
Dienstag
Gruppe 2. Fortsetzung:
„Lorbeerbaum und 8 treuhaft“

**Breslauer
Schauspielhaus**
Montag, den 10. Dezember:
„1001 Nacht.“
(Sonderdarstellung des Fünfteilversins)
Dienstag, den 11. Dezember:
„Schühentiesel“.
Mittwoch, den 12. Dezember:
„Schühentiesel“.

Liebich's Etabl.
Seit 1846.
Vollständig neues
Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Simmentauer Garten).
Neues
Programm!
12
Attraktionen.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königlich russischer
Zirkus
Cesar Sidell
im Zirkus-Bock-Gebäude.
Täglich:
Er. Gala-Vorstellung
mit reichhaltigen Programmen!
Singlampj-Konturrenz.
Anfang 8 Uhr.

Nähmaschinen
mit feinsten Fabrikate mit 5 Jahre schriftlicher
Garantie. Familien-Maschinen, sowie
Sylvestermaschine, Original-Schwingschiffchen
und Zentral-Spulen, vor u. rückw. nähend
sowie Ringschiffchen zu bewandert mit. Preis.
Günstigste Gelegenheit zum Ankauf eines
Fahrrades
verschiedene neuartige Modelle zu Weihnachten bis 40% unter
Katalogpreis.
Thierwirth & Hübner, Nikolaistrasse 69.

Im Kaufe gebrauchte Möbel, Feder-
bett; Kauf ganze Wohn-
einrichtung, gegen sofortige Zahlung.
Wahler, Gartenstraße 36. [5678]

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Konkurs - Ausverkauf
Nur noch kurze Zeit 5679
Weihnachts-Geschenke
spottbillig.
Die Ladeneinrichtung ist billig zu verkaufen.
Fried.-Wilhe'mstr. 89, Ausverkauf.

**Ungar-, Roster- und
Medizinal-Weine,**
chemisch untersucht.
in ganzen u. halben Originalflaschen
zu billigsten Preisen
empfehlen 5675
Rudolf Kaschade
Polenik bei Freiburg i. S.,
Kolonialwarengeschäft.

**Brauchen Sie
Leitern und
Küchenmöbel?**
Sie bekommen solche zu
billigsten Preisen [5288]
Holzindustrie Albert Noskowski
Für Gadowstr. 27. Telefon 7186.

Anzüge nach Mass
eleg. gearbeitet, nicht abgeh., spottbil-
lig. v. Schacher, Webergasse 34, I.

Pfandleih-Institut
besitzt Gold- und Silberwaren, Waagen,
Betta, Kassen, etc. [4700]
Albert Buscher
Gadowstraße 17, vis-à-vis h. Gadowgarten.

Fremdwährig 80 u. 50 Pf.
Sodaner Pastillen 50 Pf.
Jovial garantiert rein, 1 Pfund 90 Pf.
Pfefferbrot 50 Pf.
Zahnhalsbänder 50 Pf.
Gummifinger 20 Pf.
Alle Artikel zur Waage. 5620
Ganz genau per Pfund 30 Pf.

Franz Gröschel
Reichenstr. 60 u. Kurze Gasse 18.

Beuse's Spezial-Haus
für
Stoff-Reste
zu Anzügen, Paletots, Socken u. f. w.
für Herren und Frauen
zu billigsten Preisen.
19 Friedrich-Wilhelmstr. 19
Saison-Neuheiten.

! Achtung!
auf die billige Einkaufsquelle bei dor-
kommendem Bedarf zu festlichstem und
für den Weihnachtbedarf.
Süsswein
per Liter 50 und 60 Pfg.
ebenso direkt 4844
St. Tafellikör, Cognac, Vanille-Orang,
Tamarinde, Rum, Eier-Cognac, Alter
Breslauer Stern liefert billigst
Max Beiner, Depütation
50 Schmiedbrücke 50.
Proben gratis. — Kein Kaufzwang.

**Möbel Spiegel.
Polsterwaren**
in eigener Werkstatt von nur besten
Materialien gefertigt. 5374
Kein Abzahlungsgeschäft
gerade aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig!
Milchgarmiter . . . 100 Pf.
Salzsaure . . . 12 .
Tramou mit Aufschliff . . . 60 .
Säure . . . 60 .
Kernte . . . 45 .
Spiegel mit Schränkchen und
Aufschliff . . . 35 .
Limon in gutem Stoff . . . 30 .
Bestelle mit Patrone . . . 30 .
Rohrstuhl mit hoher Lehne . . . 4 .
Teppiche, Läufer, Ahren
und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandt r. 5.
Auswahl von Weihnachtsgeschenken.

Knöpfe
spott-
billig
Albert Fuchs
Schweidnitzerstr. 49.

Deutsche Friedensgesellschaft
Ortsgruppe Breslau.
Dienstag, den 11. Dezember 1906, Abends 8 1/2 Uhr
im kleinen Saal des „Sonnerhauses“, Gartenstraße:
Öffentliche Versammlung
Der 15. internationale Friedenskongress in Mailand (Sept. 1906).
Vortragender: Herr Justizrat Hellberg.
Diskussion. Eingeladen Herren und Damen aller Stände.
Zutritt unentgeltlich. 5676

5 Pfg. - Sumatra-Zigarren
praktische Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Wr., 250 Wr., 3 Wr. bis 5 Wr.
empfehlen gegen Nachnahme 4571
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odeonbahnhof.
Filialen: Mathiasstraße 16, Ede Schrollgasse,
Sommerstr. 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Bäckerei.
Brot! Semmel!
Die Vordermann der organisierten Bäckerzelle habe ich
bewilligt. Ich erlaube meine werthe Kundsch. davon Notiz zu
nehmen und ihren Bedarf an Backwaren fernertin von mir
zu decken. 5685
Kuchen! Konditorwaren!
**Wilhelm Speltstösser, Schweid-
nitzerstr. 8.**

Apfelblümchen.
Bestes alkoholfreies Tischgetränk.
Ärztlich empfohlen. Überall erhältlich.
Frutil alkoholfrei — keine Brause — hergestellt mit Apfelweiden aus
frischen Früchten.
Ananasperle vornehmstes, alkoholfreies Tafelgetränk.
Solosekt alkoholfrei, in Original-Champagner-Aufmachung.
Champagner-Punsch-Extrakt alkoholfrei. Rezept: 1/2 Teil Extrakt,
1/2 Teile heisses Wasser.
Infolge Aufhebung des Breslauer Alleinvertriebes für Hôtels, Restaurants etc.
bitten wir sämtliche Aufträge direkt an uns richten zu wollen.
Versandt frei Haus; nach Auswärts, wo nicht vertreten, ab Baha Breslau.
Breslauer Manzanil-Gesellschaft
m. b. H. Fischebergasse 3.
Telephon 893.

**Winter-Joppen
für Herren**
aus praktischen Lodenstoffen, verschiedenfarbig,
warm gefüttert, von 1809
Mk. 5.75 netto an.
S. Guttentag,
Breslau, Altbüßersstrasse 5, I. u. II. Et.



Günstigste Gelegenheit!
Schon jetzt
Weihnachts-Ausverkauf
guter Damen-Kleiderstoffe
zu Preisen, deren Billigkeit
geradezu überraschen muß.
5682
Bruno Müller, Breslau,
Schweidnitzerstr. 21, im „Kaufhaus“.

Zoeben erschienen:
Arbeit und Erziehung
eine pädagogische Studie von Otto Rühle.
Preis 50 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Vollswacht“.

Ein Arbeiter im Weinberge des Herrn.

Millionen deutscher Staatsbürger sind in den letzten Jahren infolge unserer verkehrten Welt- und Wirtschaftspolitik zu unverschämlichen Verhältnissen und Schicksalen geworden.

Unter diesen Umständen verdient die Tätigkeit eines Mannes besondere Beachtung, in dessen Augen sich die Zustände in Preußen-Deutschland Rosa in Rosa widerspiegeln und der, von glühendem Optimismus befeuert, bereits tausende von Deutschen zur Rückkehr aus dem Auslande zu bewegen vermochte.

Unseren Lesern sind die Zustände auf den Fronten der Junker bekannt, sie kennen die Ursachen der „Leutenot“, auf den Gesichtern der Agrarier, bekannt ist auch, daß selbst die Bedürfnislosen Galtzer, die für die Sommerarbeit über die Grenze herüber gelockt werden, das Unschickliche ihrer Lage empfinden, daß sie in Schwären von den Gütern fliehen, Kleider, Papiere und räudlichen Lohn hinter sich lassend, und daß ein Breslauer Staatsanwalt sogar die Empörung hat, daß die vielen Kontraktarbeiter der Galtzer sich bereits zu einer öffentlichen Demonstration im „Wald“ haben.

Pastor Rosenbergs ist nun der Mann, durch dessen Tätigkeit die Polenfrage in den Ostmarken für alle Zeit eine gründliche Lösung erfahren wird.

In Polen und Rußland leben teils einzeln, teils in Kolonien bei einander eine Unzahl von deutschen Familien. Selbst am entferntesten Ural befinden sich deutsche Kolonien, die während der Regierungszeit der Kaiserin Katharina von Einwanderern aus Sachsen gegründet wurden.

Für diese Kolonien gibt es gar vielerlei triftige Gründe an: Das dortige Land wird immer schlechter und teurer. Die Wälder sind nicht mehr da. Die Wege sind jämmerlich.

Wie ganz anders sieht es dagegen in Deutschland aus: Fremde, Sprechen braucht Ihr hier gar nicht zu lernen. Hier in Deutschland habt Ihr einen deutschen Kaiser; das ist

wahrlich der beste Kaiser der Welt. Alle Völker beneiden Deutschland um diesen guten und klugen Kaiser. Er ist ein rechter Vater, der für seine Kinder, besonders für die Handlente und Arbeiter, so herzlich sorgt.

Der Diener der Wahrheit erzählt seinen „Lieben Brüdern“ dann weiter: „Landarbeiter, die gar kein Geld haben, aber fleißig sind, verdienen hier in Deutschland viel Geld.

Wetter wird den Leuten etwas schärft, sich ja nicht an die dortigen Lehrer und Seelsorger um Rat zu wenden, denn diese würden ihnen abraten, hier herüber zu kommen.

Wer aber durch diese Kapuzinade nicht befehrt wird und nicht zurückkehren will zu den Geländen der Junker, da Müll und Honig fleucht, der flüchte Gottes Horn, die Revolution.

Auf die Frage, wie man in Deutschland Unterkunft findet, weiß der Herr, Herr Rosenbergs natürlich, nicht etwa der Herr, gar manchen nützlichen Rat:

1) Am besten haben es die Landarbeiter. Diese bekommen guten Lohn und können sich bald ein kleines Kapital sparen, mit welchem eine kleine Wirtschaft gekauft werden kann.

2) Arbeiter und Handwerker, die 500-400 Rubel Kapital haben, können bei Polen eine schöne, kleine Wirtschaft von 2-3 russischen Morgen an Abzählung annehmen.

3) Kolonisten mit mehr als 500 Rubel Kapital finden bei der königlichen Ansiedelungs-Kommission in Posen einkehrende Landwirte, die nach der Höhe ihres Kapitals; selbstverständlich nur auf Abzählung. Es gibt aber auch Pächtereien.

4) Schlosser, Schmiede, Eisenhauer, Klempner und andere Metallarbeiter, Fein- und Grob-Webere, Zimmerleute bringen wir bei gutem Lohn in verschiedenen Teilen Deutsch-

lands unter. Bemerkte sei, daß Maurer und Zimmerleute sofort eine kleine Wirtschaft, wie unter Nr. 1 beschrieben ist, erwerben können.

5) Dienstmädchen, Stüben, Köchinnen usw. können zu landenden kommen und finden überall Unterkunft. Der Lohn beträgt 40-150 Rubel, je nach ihren Kenntnissen und Leistungen.

6) Fabrikarbeiter und Beschäftigte, letztere mit Glaubensscheiden der Väter versehen, können auch untergebracht werden.

7) Mechanische Weber, Spinner, Webereier und Aufstecker können wir nur in geringer Zahl, und unter ihnen nur die allerbesten, unterbringen. Dagegen haben wir für Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen keine Verwendung. Diese sollen nicht kommen. Wenn sie aber gewöhnliche Arbeiter werden wollen, können sie bald mit Späthen und Hacke Verwendung finden, wie auch andere Arbeiter.

8) Kaufleute und Angehörige aller Art ohne Kapital können wir leider nur in beschränkter Zahl unterbringen, dazu müssen sie sich anfangs mit geringem Gehalt begnügen.

9) Wer 2000 Rubel und mehr Kapital hat, kann einen Laden anlegen, ein Haus auf Abzählung kaufen, oder andere Geschäfte gründen. Unsere Kanzlei übernimmt dabei gern die Vermittlung.

10) Selbstständige Handwerker mit etwas Kapital können eigene Werkstätten anlegen und empfangen durch unsere Vermittlung zur ersten Einrichtung eine kleine Werkstätte.

11) Landwirtschaftliche Familien aus der Gegend können auch ohne Abzählung aus erster Hand erworben werden. Dabei muß gewöhnlich das halbe Kaufgeld angezahlt werden, während das übrige zu 4-5 Prozent verzinst wird.

Daß die Fürsorge des Herrn Pastors nicht so weit gehen kann, seinen Lieben Glaubensgenossen nach das Restgeld zu schenken, damit sie ins gelobte Kanaan kommen, versteht sich am Rande, das hat ja Moses auch nicht getan, und deshalb sag er ihnen zuletzt: „Ihr müßt auf eigene Kosten kommen.“

Wie es nun den Vermissen ergeht, die sich durch die politischen Lotungen verschärfen lassen, haben wir bereits an mehreren Familien praktisch zu beobachten Gelegenheit gehabt.

Im Sommer d. J. 25 Personen, nämlich mit einander verheiratet, in Posen an. 15 Personen waren Erwachsene und 11 Kinder. In der Nähe von Orenburg am Uralflusse hatten sie Vorarbeiten, die vor etwa 150 Jahren aus Sachsen ausgewandert waren, sich angeeignet und eine Kolonie gegründet.

Die Kolonisten mit mehr als 500 Rubel Kapital finden bei der königlichen Ansiedelungs-Kommission in Posen einkehrende Landwirte, die nach der Höhe ihres Kapitals; selbstverständlich nur auf Abzählung. Es gibt aber auch Pächtereien.

Das Beste aber ist, daß die meliorierten, nahezu durchweg originale russische Wirtschaften bis zur Vollendung steigert, daß sie den Witz unterstreicht und die ziemlich langen langweiligen Stellen erfreulich mindert, daß sie ungeschicklich-einschneidend und lebendig wirkt — kurz, daß sie alles tut, was notwendig ist, um die Wertener der Schillerleser und ihres angebotenen Wohl dem p. i. Publikum so angenehm wie möglich zu machen.

Stadt-Theater.

„Hänsel und Gretel“ von Humperdinck.

Das Singspiel des beliebten Fräulein Eva von der Osten als „Hänsel“ hatte am Sonnabend das Haus recht gut gefüllt. Die Künstlerin, obwohl ihrer Wirtin nach der Rolle einigermaßen „entwachsen“, wirkte durch die Frische ihres stimmlichen Materials die Herzen ihrer Zuhörer zu erfreuen.

Breslauer Schauspielhaus.

Die Schönenreier.

Man konnte einigermassen neugierig darauf sein, wie man in der Gartenstraße verhalten würde, dem Affenspiel in der Besingstraße Abbruch zu tun. Jetzt, da die Komiker parat, darf man es aussprechen: Es hat ein ziemlich gutes Wagstück, mit der Schönenreier der „lustigen Witwe“ beizukommen.

Das Beste aber ist, daß die meliorierten, nahezu durchweg originale russische Wirtschaften bis zur Vollendung steigert, daß sie den Witz unterstreicht und die ziemlich langen langweiligen Stellen erfreulich mindert, daß sie ungeschicklich-einschneidend und lebendig wirkt — kurz, daß sie alles tut, was notwendig ist, um die Wertener der Schillerleser und ihres angebotenen Wohl dem p. i. Publikum so angenehm wie möglich zu machen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Ausstellung der Kunst, Wissenschaft und Technik in der Gartenstraße wird am Sonntag mit Spannung erwartet. Die Ausstellung der Kunst, Wissenschaft und Technik in der Gartenstraße wird am Sonntag mit Spannung erwartet.

stelle Verteilung der Preise, von denen sich jeder auf 188,556 Kronen belaufen, findet am 10. Dezember, dem Todestage des Dichters, statt. Der Literaturnpreis erhielt der italienische Dichter Silvio Caracciolo. Der Preis für Physik wurde dem Professor der Physik an der Universität Cambridge, Joseph John Thomson verliehen, der Chemiepreis dem Altphilologen des französischen Instituts, Professor Henri Meunier.

Aus aller Welt.

Das Urteil gegen den Hauptmann von Spandau ist rechtskräftig geworden. Folgt hätte sich bereits am Tage der Urteilsverkündung mit der Strafe einverstanden erklärt. Auch der Staatsanwalt hat auf weitere Rechtsmittel verzichtet, so daß es bei vier Jahren Gefängnis verbleibt. Die Weibskolonie, die dem Hauptmann Wilhelm Voigt eine Lebensstrafe zuzurechnen wollte, hat ihre Absicht wahr gemacht. Ihre Erklärung liegt jetzt in schriftlicher, bindender Form vor.

